

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung

Protokoll

8. Sitzung (nicht öffentlich)

19. Februar 1986

Düsseldorf - Messe-Kongreß-Zentrum

13.30 bis 17.10 Uhr

Vorsitzender: Abg. Hegemann (CDU)

Stenographin: Hesse

Verhandlungspunkte und Beschlüsse

1 Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650

hier: Einzelpläne 10, 02, 03 und 11,
jeweils Bereich Umweltschutz und Raumordnung

Die den Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung betreffenden Kapitel und Titel aus den obengenannten Einzelplänen sind im einzelnen in der Sitzung am 5. Februar 1986, APr 10/183, beraten worden. Der Ausschuß faßt heute mit Mehrheit folgende Beschlüsse:

Personalausgaben

Kapitel 10 010 Titel 422 10:

Es werden zusätzlich acht Stellen ausgewiesen (vier Stellen Bes.Gr. A 13 hD, vier Stellen Bes.Gr. A 11).

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
8. Sitzung

19.02.1986
he-er

Sachausgaben

Kapitel 10 050 Titelgruppe 69:

Der Ansatz bei Titel 887 69 wird um 1 Million DM,
die Verpflichtungsermächtigungen werden um 2 Mil-
lionen DM gekürzt.

Nach Maßgabe dieser Änderungen wird der Einzelplan 10,
soweit er in die Zuständigkeit dieses Ausschusses
fällt, mit Mehrheit angenommen. Die in die Zuständig-
keit des Ausschusses fallenden Positionen aus den Ein-
zelplänen 02, 03 und 11 werden mit Mehrheit unverändert
gebilligt.

Berichterstatter vor dem Haushalts- und Finanzausschuß:
Abg. Hegemann (CDU)

2 Besuch der Ausstellung ENVITEC 1986 - Technik für Umweltschutz

Nach einer kurzen Einführung durch den Projektleiter
der Ausstellung besucht der Ausschuß bei einem Rund-
gang ausgewählte Stände.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 12. März 1986

- - - - -

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
8. Sitzung

19.02.1986
he-er

Aus der Diskussion

Zu 1: Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650

Der Ausschuß berät abschließend die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Positionen der Einzelpläne 10, 02, 03 und 11. Es werden nur noch die Kapitel und Titel aufgeführt, zu denen Änderungsanträge gestellt werden. Sofern sich über die Antragsbegründungen hinaus eine Aussprache ergibt, ist in diesem Protokoll das wesentliche Ergebnis festgehalten. Wiederholungen und reine Verständnisfragen bleiben außer Betracht.

Da die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der F.D.P. erst unmittelbar vor dieser Sitzung vorgelegt werden konnten, bittet die CDU-Fraktion um eine kurze Unterbrechung, um sich mit diesen Anträgen vertraut zu machen.

(Unterbrechung: 13.35 bis 13.40 Uhr)

a) Einzelplan 10 - MURL

Vorlagen 10/150 und 10/152

Kapitel 10 010 - Ministerium

Namens der SPD-Fraktion beantragt Abg. Wendzinski (SPD), bei Titel 422 10 insgesamt 8 zusätzliche Stellen auszuweisen (4 Stellen A 13 hD und 4 Stellen A 11). Nach den bisherigen Beratungen gehe seine Fraktion davon aus, daß zusätzliches Personal erforderlich sei, um die neuen Aufgaben zur Durchführung der TA Luft und des Emissionsminderungsplans zu bewältigen.

Abg. Schumacher (Kall) (CDU) steht auf dem Standpunkt, daß die Notwendigkeit zusätzlicher Stellen durch das Ministerium begründet werden müsse.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
8. Sitzung

19.02.1986
he-er

Er habe wiederholt auf die schwierige personelle Situation in der Gewerbeaufsicht hingewiesen, unterstreicht der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Matthiesen. Ob und in welcher Weise die TA Luft zum Tragen komme, sei zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsentwurfs noch nicht absehbar gewesen. Jetzt, da sich doch ein baldiges Inkrafttreten abzeichne, begrüße er die Initiative der SPD-Fraktion. Immerhin würden von der TA Luft 15 000 Betriebe in Nordrhein-Westfalen betroffen.

Eine Koordinierungsstelle für die Durchführung der Aufgaben sei dann erforderlich. Wenn kein zusätzliches Personal eingestellt werde, müßte entsprechendes Personal aus der Gewerbeaufsicht vor Ort abgezogen werden, was die ohnehin angespannte Situation noch verschlechterte.

Dennoch sieht sich Abg. Schumacher (Kall) (CDU) außerstande, ohne exakte Aufgabenbeschreibung diesen beantragten 8 Stellen zuzustimmen. Wenn das Erfordernis zusätzlicher Stellen sachlich ausreichend begründet würde, könnte er beispielsweise auch mehr oder eben weniger Stellen akzeptieren, aber diese Begründung vermisste er bis jetzt.

Daß die Begründung nicht ausreiche, untermauert Abg. Dr. Lichtenberg (CDU) mit der Bemerkung, er unterstelle dem Minister, von den Beratungen um die TA Luft gewußt zu haben. Insofern seien auch ein mögliches Inkrafttreten und die daraus zu ziehenden Konsequenzen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts absehbar gewesen. Er stelle fest, daß hier die SPD-Fraktion "die Schularbeiten der Exekutive mache".

Abg. Dr. Linssen (CDU) versteht den Diskussionsbeitrag seines Vorredners als Verwunderung darüber, daß anscheinend die SPD-Fraktion eine bessere interne Kenntnis des Ministeriums habe als das Ministerium selbst. Er wünsche deshalb konkret zu erfahren, in welcher Abteilung und welcher Gruppe des Ministeriums diese zusätzlichen acht Leute welche Aufgaben erledigen sollten.

Zunächst einmal sei es das Recht jedes Parlamentariers, stellt Abg. Wendzinski (SPD) klar, zu dem von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf Änderungsanträge einzubringen. Bereits in der vorigen Legislaturperiode sei überlegt worden, wie die personelle Situation der Gewerbeaufsicht verbessert werden könne. Diese Tatsache und die Darlegungen des Ministers Matthiesen in den vorausgegangenen Ausschusssitzungen hätten die SPD-Fraktion bewogen, diesen Bereich eingehend zu beraten, die durch die TA Luft und den Emissionsminderungsplan neu auf die Gewerbeaufsicht zukommenden Aufgaben einzubeziehen und als Ergebnis nun den Änderungsantrag zu stellen.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
8. Sitzung

19.02.1986
he-er

Hinsichtlich des Verfahrens - Haushaltsvorlage durch die Landesregierung, Beratung und Beschlußfassung durch das Parlament - pflichtet Minister Matthiesen seinem Vorredner bei. - Die Frage nach der Unterbringung der Stellen beantwortet der Minister dahin gehend, daß die Koordinierung zur Durchführung der TA Luft der Abteilung V zugeordnet werden solle.

In dem Zusammenhang wolle er daran erinnern, daß er dem Ausschuß mitgeteilt habe, das Kabinett habe ihm für seinen Geschäftsbereich 60 Stellen zugebilligt, was er für einen großen Fortschritt halte. Gleichwohl habe er während der Beratungen immer wieder durchblicken lassen, daß es bei der Gewerbeaufsicht im Zusammenhang mit der Durchführung der TA Luft personelle Probleme geben werde. Wenn diese Hinweise dazu geführt hätten, daß die SPD-Fraktion nun diesen Antrag auf zusätzliche Stellen einbringe, könne er das nur begrüßen.

Sodann nimmt der Ausschuß den Antrag, bei Titel 422 10 zusätzlich 8 Stellen auszuweisen, bei vier Enthaltungen im übrigen einstimmig an.

Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen

Zu Titel 541 10 - Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe - habe Abg. Dr. Linssen (CDU) um ergänzende Erläuterungen gebeten, teilt Minister Matthiesen mit, die er dem Ausschuß jetzt gern geben wolle. Das unter Nr. 19 der Erläuterungen zu dem genannten Titel angegebene Umweltsymposium solle vom 1. bis 3. Oktober 1986 in Düsseldorf stattfinden. Es handele sich dabei um eine Veranstaltung, die im Zusammenhang mit einem internationalen Umweltschutzsymposium vom 13. bis 15. März 1985 in Prag stehe. Dieses Symposium sei mit einer Ausstellung von nordrhein-westfälischen Firmen verbunden gewesen.

Anläßlich dieser Veranstaltung habe der damalige Landtagspräsident van Nes Ziegler dem tschechischen Nationalrat eine bindende Zusage für die Durchführung einer entsprechenden Gegenveranstaltung im Herbst 1986 in Düsseldorf gegeben. Die Organisation sei dem zu der Zeit zuständigen MAGS übertragen worden. Mit der Umrussortierung sei auch diese Aufgabe auf den MURL übergegangen.

Die Veranstaltung werde unter dem Generalthema "Gestaltung und Schutz der Umwelt des Menschen" stehen und die Themenbereiche Arbeitsschutz, Umweltschutz, Bauen - Wohnen - Erhalten umfassen sowie von einer Ausstellung der tschechischen Umweltindustrie vom 1. bis 9. Oktober 1986 begleitet werden. - Eine Repräsentation der Landesregierung sei nicht vorgesehen.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
8. Sitzung

19.02.1986
he-er

Eröffnung und Begrüßung sollten durch den Vorsitzenden des tschechischen Nationalrates sowie durch den Präsidenten des Landtags erfolgen, es solle sich eine Eröffnungsrede des Ministers anschließen. Danach seien 16 Hauptreferate von tschechischer Seite und 16 Korreferate von Fachleuten aus Nordrhein-Westfalen zu den genannten Themenbereichen geplant. Die Referate würden auf beiden Seiten von Fachleuten aus Industrie, Wissenschaft und Verwaltung gehalten. Abgeschlossen würden diese durch eine Podiumsdiskussion.

Es sei an zwei offizielle Empfänge gedacht, einen von der tschechischen Seite und einen vom Landtagspräsidenten oder von der Landesregierung - das müsse noch geklärt werden -, sowie an eine Exkursion der tschechischen Teilnehmer zu Rheinbraun und Bayer Leverkusen.

Mit der Durchführung der Gesamtveranstaltung werde auf der einen Seite eine politische Zusage gegenüber der CSSR eingelöst, auf der anderen Seite ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Pflege und zum Ausbau internationaler Beziehungen, die gerade im Umweltschutz sehr wichtig seien, geleistet.

Darüber hinaus diene die Veranstaltung dem Erfahrungsaustausch von Fachleuten aus Industrie, Wissenschaft und Verwaltung. Sowohl die Ausstellung als auch das Symposium sollten kostenfrei für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Mit der Detailorganisation sei die VDI-Dienstleistungs GmbH beauftragt worden.

Diese Erläuterung nimmt der Ausschuß ohne Aussprache zur Kenntnis.

Zu Titel 531 11 - Öffentlichkeitsarbeit - beantragt die F.D.P.-Fraktion eine Kürzung um 40 000 DM und begründet dies damit, daß die Kosten der nach ihrer Meinung überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung auf eine angemessene Höhe zurückgeführt werden sollten.

Der Antrag wird ohne Diskussion mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der F.D.P.- und der CDU-Fraktion abgelehnt.

Kapitel 10 050 - Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft

Hier beantragt die SPD-Fraktion zu Titelgruppe 69 - Talsperren -, den Ansatz bei Titel 887 69 um 1 Million DM und die Verpflichtungsermächtigungen um 2 Millionen DM zu reduzieren.

Abg. Voetmann (CDU) möchte wissen, bei welchen Maßnahmen, die in den Erläuterungen im einzelnen aufgeführt seien, diese Mittel gekürzt werden sollten.